

Kommentar

Antonios KARAISKOS*

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie Sie vielleicht an meinem Namen erraten können, bin ich Grieche. Meine Mutter kommt aus Japan. Ich bin in Griechenland aufgewachsen und lehre zurzeit an der Universität Kyoto. Ich bin gestern von einer Reise nach Griechenland nach Japan zurückgekehrt und leide immer noch unter dem Jetlag.

Es ist mir eine große Ehre, heute an diesem Juristentreffen teilzunehmen. Ich möchte mich besonders bei Professor Deguchi für die Organisation des Juristentreffens und die Einladung an mich als Kommentator bedanken.

Meine Aufgabe ist es heute, zwei prächtige Vorträge zu kommentieren, nämlich den Vortrag von Professor Park und den Vortrag von Professor Tai. Ich möchte sie in der Reihenfolge kommentieren, in der sie heute präsentiert wurden.

Das Thema des Vortrags von Professor Park war „Die Grenze der reinen Privatautonomie im geldlichen Darlehensvertrag in Korea“. In seinem Vortrag hat Professor Park uns die koreanischen Gesetze zur Zinskontrolle vorgestellt und verdeutlicht, wie die Privatautonomie verstanden werden sollte. Es war wirklich interessant für mich zu erfahren, wie und warum die zwei grundlegenden Gesetze in Korea entwickelt wurden und was ihre Funktion ist.

Der Teufelskreis im Zusammenhang mit Krediten mit hohem Zinssatz ist auch in Japan eine schwere soziale und rechtliche Frage gewesen. In Japan gibt es auch ein Gesetz zur Zinskontrolle, in dem der Höchstzinssatz, je nach dem Betrag des Darlehens, 15 %, 18 % oder 20 % beträgt. Darlehensverträge mit einem Zinssatz, der diese Grenzen überschreitet, sind für den Teil, der diese Obergrenze übersteigt, nichtig. Nach einem Gesetz, das die Kreditgeschäfte regelt, sind Darlehensverträge, die von Darlehensbetrieb auf Seite des Darlehensgebers geschlossen sind mit einem Zinssatz von mehr als 109.5 % in allen Fällen nichtig. Weiterhin sind nach Artikel 90 des Japanischen Zivilgesetzbuches auch solche Darlehensverträge nichtig, die gegen die guten Sitten verstoßen.

Gleichzeitig gibt es auch ein Gesetz, das Darlehensverträge mit bestimmten Zinsen unter Strafe stellt. Nach diesem Gesetz werden Darlehensbetriebe, die auf Seite des Darlehensgebers einen Darlehensvertrag mit einem Zinssatz von über 20 % abschließen,

* Associate professor, Graduate School of Law/Faculty of Law, Kyoto University.

strafrechtlich sanktioniert. Das gleiche gilt für Personen, die auf Seite des Darlehensgebers einen Darlehensvertrag mit einem Zinssatz von mehr als 109,5 % abschließen.

Wie in Korea, gibt es in der Japanischen Verfassung keine ausdrückliche Gewährleistung der Privatautonomie. Es ist jedoch allgemeines Verständnis, dass die Privatautonomie durch Artikel 13 der Japanischen Verfassung geschützt ist, der ein Recht auf das Streben nach Glück vorsieht.

Ihr Vortrag, Professor Park, hat uns eine klare Vorstellung von den Problemen gegeben, die die beiden Hauptgesetze in Korea charakterisieren. Und ich bin derselben Meinung, dass die Verwendung einer Generalklausel höhere Rechtssicherheit gewährleisten würde. In diesem Zusammenhang denke ich, dass es sehr wichtig sein wird sicherzustellen, dass die schwächere Partei, nämlich der Kreditnehmer, in der Lage sein wird, leicht auf Informationen über das Marktinteresse zuzugreifen, um zu beurteilen, ob es einen Verstoß gegen seine Rechte gibt.

Es gibt eine Frage, die ich Ihnen stellen möchte, Professor Park. Wenn ich richtig verstanden habe, meinen Sie, dass die Zinskontrolle, nicht nur eine Beschränkung der Privatautonomie, sondern auch ein Mittel zur Verwirklichung der Privatautonomie, besonders aus der Sicht der schwächeren Partei ist. Ist mein Verständnis richtig?

Im Folgenden möchte ich den Vortrag von Professor Tai kommentieren.

Das Thema des Vortrags von Professor Tai war „Die Auswirkung der Grundrechte auf das Familienrecht in Taiwan“. In ihrem Vortrag hat uns Professor Tai die verfassungsrechtlichen Entscheidungen und die Entwicklungen des Familienrechts im taiwanesischen BGB vorgestellt. Professor Tais Analyse hat uns gezeigt, dass das taiwanesisches Familienrecht sich vom traditionellen Patriarchalismus an das Recht moderner Gesellschaften angepasst hat.

Es war besonders interessant für mich, zu erfahren, dass in Taiwan der Paragraph, der es Frauen verbot, innerhalb von 6 Monaten nach der Scheidung eine erneute Ehe zu schließen, entfallen ist. Im japanischen Zivilgesetzbuch gab es früher ein ähnliches Verbot. Im Jahr 2015 hat der japanische Oberste Gerichtshof festgestellt, dass diese Bestimmung teilweise verfassungswidrig ist. Dementsprechend wurde die Vorschrift überarbeitet und verbietet es derzeit grundsätzlich, dass Frauen innerhalb von 100 Tagen nach der Scheidung eine erneute Ehe schließen (Art. 733).

Die Analyse von Professor Tai in Bezug auf die drei Phasen der Umstellung vom traditionellen Patriarchalismus auf das Recht moderner Gesellschaften in Taiwan war außerordentlich interessant. Professor Tais Analyse hat uns gezeigt, dass das taiwanesisches Rechtssystem in der ersten Phase versucht hat, Anerkennung in der taiwanesischen Gesellschaft zu schaffen. In der zweiten Phase versuchte das Verfassungsgericht eine aktive Rolle zu spielen und nahm in der dritten Phase eine konservative Position ein.

Wie Professor Tai betont hat, kommen immer mehr Formen des Zusammenlebens vor, die nicht mehr als Ehe oder Familie im traditionellen Sinne zu verstehen sind. Besonders

interessant in diesem Kontext war die Tatsache, dass das taiwanesisches Verfassungsgericht nicht kategorisch ausgeschlossen hat, den Schutzbereich der Verfassung auch auf andere Formen des Zusammenlebens zu erweitern. Was die zukünftige Perspektive betrifft, hat Professor Tai bemerkt, dass es vorerst schwierig zu erkennen ist, wie die verfassungsrechtliche Debatte um die Erweiterung der Familienformen ausgehen wird.

Meine Frage an Professor Tai bezieht sich auf solche zukünftigen Entwicklungen. Es kann vielleicht gesagt werden, dass es einen internationalen Trend gibt, die verfassungsrechtliche Position und den Schutz der traditionellen Ehe und Familie auf andere Formen des Zusammenlebens auszudehnen. Ich möchte Sie fragen, in welchem Ausmaß Sie denken, dass solche internationalen Trends das Verfassungsgericht und den Gesetzgeber in Taiwan beeinflussen werden. Das heißt, werden das Verfassungsgericht und der Gesetzgeber in Taiwan diese Entwicklungen stark berücksichtigen und versuchen, sich ihnen anzupassen? Oder werden sie der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation in Taiwan mehr Bedeutung verleihen, die vielleicht nicht bereit ist, solche drastischen Veränderungen auf gesetzlicher Ebene zu akzeptieren?

Abschließend möchte ich mich noch einmal bei den beiden Professoren für ihre sehr informativen und interessanten Vorträge bedanken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.